

# Sonnige Aussichten...

..., wenn der Rodalber Stadtrat sich beeilt

■ **RODALBEN.** Erneut stand das Konversionsprogramm Grünbühl im Mittelpunkt einer Sitzung des Stadtrates Rodalben (die PZ berichtete aktuell). Dort auf der ehemaligen Mülldeponie hoch über der Stadt und auf einer angrenzenden Fläche soll eine große Photovoltaikanlage (PVA) installiert werden. Mitarbeiter des Ingenieurbüros Peschla + Rochmes fassten vor den Stadtratsmitgliedern die Ergebnisse ihrer Untersuchung zusammen. Ergebnis: Die Sache rechnet sich - wenn sich der Rodalber Stadtrat jetzt sehr beeilt.

Auf den beiden Flächen von knapp 80 000 Quadratmeter sollen rund 28 000 Quadratmeter Fläche Solarmodule mit einer Gesamtleistung von 4,4 MWp installiert werden. Bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung gingen die Planer für die ersten zehn bis 13 Jahre von jährlich rund 427 000 Euro Einnahmen aus. Dann hätte sich die auf 20 Jahre berechnete Anlage amortisiert und bringe einen Gewinn von rund 2,8 Millionen Euro.

Doch der Teufel steckt auch hier im Detail. Die Planer gingen vom Wert der Einspeisevergütung von Oktober 2013 aus, der aber pro Monat ständig sinkt. Interessanter wäre hier die Eigenversorgung städtischer Einrichtungen. Hier muss der Versorger aber im Eigentum der Stadt sein. Die Straßenbeleuchtung wäre die nächstliegende Möglichkeit. Hier werde der Strom aber nachts gebraucht, wenn die Anlage keine Energie liefert, wie Peter Pfundstein (FWG) anmerkte.

Mittlerweile gebe es Beispiele, sagte Planer Marcus Nickel, wo mit Batterieblocks, aus herkömmlichen Lastwagenbatterien gebildet, Strom am Tag gespeichert wird, der dann nachts zumindest für einen Straßenzug mit LED-Straßenlampen Energie liefern könne. Immer noch zu einem sehr guten Preis. Selbst wenn es keine Vergütung aus EEG mehr gibt, würde sich die Anlage rechnen, so die Meinung der Planer.

Möglich werde in Zukunft auch, dass Verbraucher, die nicht in städtischer Regie stehen, wie die Kläranlage der Verbandsgemeinde, mit Strom aus der Photovoltaik versorgt werden könnten, sagte Manfred Seibel, Projektleiter für Klimaschutz und erneuerbare Energien bei der Kreisverwal-

■ **Unklar ist, ob die Immobilienverwaltung des Bundes die Fläche überhaupt verpachtet**

lung. Mit Mietlösungen, beispielsweise. Denn Mieter haben ein Nutzungsrecht. Es entstünden hier gerade eine Vielzahl von Geschäftsmodellen, sagte Seibel.

Weiter noch ungeklärt ist, ob der Eigentümer der Fläche, die Immobilienverwaltung des Bundes (BIMA), diese verpachtet und dann zu welchen Konditionen. Dies soll in einem Gespräch am 2. Dezember geklärt werden. Auch die Positionierung der neuen Bundesregierung im nächsten Jahr zum EEG wird hier eine Rolle spielen.

Eine PVA auf einer Mülldeponie zu errichten, sei technisch und ökonomisch gesehen kein Problem, so die Planer. Obwohl Zugänge zu technischen Anlagen wie Sickerbrunnen zugänglich sein müssten und keine tiefen Fundamente für die Solarmodulträger erlaubt seien.

Die von der Deponie unabhängige angrenzende ebene Nordfläche, 3,8 Hektar groß, sei doch als Gewerbefläche ideal und so zu schade für eine PVA, meinte Andreas Schallmeier (CDU). Nickel machte darauf aufmerksam, dass bei Konversionsflächen meist mit negativen Nachwirkungen zu rechnen sei. Durch Bodenbelastungen mit PAK (Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe) oder FCKW. Für Gewerbegebiete problematisch, für Photovoltaik nicht.

Sehr schnell in Folge müssten nun die nächsten Schritte der Stadt Rodalben erfolgen, sagte Seibel. Sonst sei das Photovoltaikprojekt nicht zu realisieren.

Nur mittelbar im Zusammenhang mit der PVA auf dem Grünbühl steht der Grundsatzbeschluss des Stadtrates, mit der Stadt Pirmasens die auf beiden Gemarkungen liegenden Flächen im nördlichen Teil der Husterhöhe gemeinsam weiterzuentwickeln. Wenn das US-Militär, das die Flächen noch nutzt, diese freigibt. Gespräche wurden mit der Stadt Pirmasens schon geführt, sagte Stadtbürgermeister Matheis. Johannes Matheis sagte in einer Stellungnahme für die CDU, ein Beschluss sei jetzt nicht zwingend. Solch ein Grundsatzbeschluss sollte von allen Seiten gemeinsam gefasst werden, von Pirmasens sei hier noch keine Regung gekommen.

Mehr Klarheit, bevor eventuell Kosten anfallen könnten, forderte Johannes Matheis. Der Stadtbürgermeister widersprach, der Pirmasenser Oberbürgermeister, Bernhard Matheis, übrigens ein Bruder von Johannes Matheis, warte nur auf ein Signal aus Rodalben. Torsten Striehl sagte für die SPD-Fraktion, solch ein Grundsatzbeschluss mache Sinn, auch Grüne, WIR und FWG sahen den Grundsatzbeschluss positiv. Der dann ohne die sechs Stimmen der CDU-Fraktion, die sich enthielt, beschlossen wurde. (mfu)



Noch lagern auf dem Grünbühl Firmen auch Material, wie Straßenbelagabraum, der oft belastet ist. (Foto: Fuhser)

# Grünbühl: Fotovoltaik kann sich rechnen

**RODALBEN:** Aber die Zeit drängt

Wenn der Rodalber Stadtrat in die Pötte kommt und sich beillt, dann lohnt sich eine Fotovoltaikanlage auf dem Grünbühl. So lässt sich der Abschlussbericht des beauftragten Planungsbüros zusammenfassen, den zwei Mitarbeiter gestern Abend im Stadtrat präsentierten.

Die Anlage, die auf der ehemaligen Deponie und einer benachbarten Fläche installiert werden soll, hat eine installierte Leistung von zusammen 4,3 KWp auf einer Fläche von 27.300 Quadratmetern. In ihrer Wirtschaftlichkeitsberechnung gingen die Mitarbeiter der Firma Peschla & Rochmes davon aus, dass die Anlage auf 20 Jahre Laufzeit angelegt ist. Sie rechneten mit jährlichen Einnahmen von 428.000 Euro in den ersten zehn bis 13 Jahren. Danach habe sich die Anlage amortisiert und werfe einen Gewinn von 2,8 Millionen Euro ab.

Ein wichtiger Faktor dabei ist jedoch, bei welcher Summe die ständig sinkende Einspeisvergütung liegt, bis

das Vorhaben tatsächlich realisiert ist. Ebenso hat einen Einfluss auf die Amortisation, ob mit dem erzeugten Strom beispielsweise städtische Anlagen versorgt werden. Dann könne die Stadt günstigen Strom an sich selbst verkaufen. Allerdings, merkte Peter Pfundstein (FWG) an, brauche die Stadt hauptsächlich Strom für die Straßenlampen. Wenn die jedoch leuchten, sei die Fotovoltaikanlage nicht in Betrieb. Die Vertreter der Firma wiesen darauf hin, dass dieses Problem mit Batterien zu lösen sei und die Stadt dann dennoch sparen könne.

Andreas Schallmeier (CDU) hatte Bedenken, was die angrenzende Fläche an die Deponie angeht. Die sei nicht nur für Fotovoltaikanlagen geeignet, sondern auch für ansiedlungswillige Unternehmen. Außerdem befinde sich das gesamte Areal noch im Besitz des Bundes und sei sicher nicht so günstig zu pachten. Ob und zu welchem Preis der Bund das Areal verpachtet, soll im Dezember geklärt werden. (gana) WEITERER BERICHT FOLGT

## Am Rande: Der dreifache Matheis

Der Stadtrat Rodalben fasste gestern einen Grundsatzbeschluss zur Kooperation mit der Stadt Pirmasens bezüglich eventuell freierwerdender Flächen, die momentan noch militärisch genutzt werden. Es ging um ein Areal auf der Husterhöhe. Eigentlich eine einfache Sache. Allerdings meldete CDU-Sprecher Johannes Matheis bei seinem nicht näher verwandten Namensvetter und Stadtbürgermeister Wilhelm Matheis Bedenken an. Der CDU-Mann sagte, die Stadt Pirmasens zeige in dieser Richtung „überhaupt keine Regungen“. Er finde es besser, wenn beide Stadträte diesen Beschluss parallel fassen würden. Daraufhin Stadtbürgermeister Matheis: „Ich habe letzte Woche mit dem Oberbürgermeister von Pirma-

sens gesprochen. Er wartet auf ein Signal des Rodalber Stadtrates.“ Dem hielt der CDU-Sprecher entgegen: „Ich habe ein anderes Signal vom OB.“ Der Rodalber Stadtbürgermeister konterte das mit einem Lachen und: „Dann bin ich wohl näher dran.“ Was noch zu erwähnen ist: Der Oberbürgermeister von Pirmasens heißt ebenfalls Matheis, mit Vornamen Bernhard, und teilt mit dem Rodalber CDU-Mann nicht nur Partei und Nachnamen, sondern auch die Eltern. Die beiden sind Brüder. Aufklärung brachte Linda Alles vom Planungsbüro Firu: „Pirmasens hat Interesse bekundet und mit einem Grundsatzbeschluss vergibt man sich ja nichts.“ Gegen die sieben CDU-Stimmen votierte der Rat für den Antrag. (gana)